

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion

Bundratsinitiative unterstützen – flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn jetzt!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dem von den A- Ländern angekündigten Antrag zu einem Gesetz über die Festsetzung des Mindestlohns (Mindestlohngesetz) im Bundesrat zuzustimmen.

Begründung:

Immer mehr Menschen können trotz Vollzeitbeschäftigung nicht von ihrer Arbeit leben. Sie müssen ihre Löhne und Gehälter durch zusätzliche staatliche Sozialleistungen aufstocken. Am Ende ihres Erwerbslebens erhalten die Betroffenen nicht selten eine Rente unterhalb der Armutsgrenze.

Das Land Berlin muss die von den A- Ländern angekündigte Bundratsinitiative unterstützen und sich damit gegen Niedriglöhne und für eine schnelle und deutliche Verbesserung der Lebensverhältnisse betroffener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen.

Berlin, d. 21. Februar 2013

Pop Bangert Kapek
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf Breitenbach H. Wolf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Baum Delius
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion